



Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) Kurzinformation: Das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (Trade in Services Agreement - TISA)

Juli 2013

Worum handelt es sich bei dem geplanten TISA?

Anfang 2012 leiteten etwa 20 WTO-Mitglieder (die EU zählte als eines von ihnen), die sich „Die echten Freunde der Dienstleistungen“ (*Really Good Friends of Services*) nannten, inoffizielle Geheimgespräche mit dem Ziel ein, ein Abkommen zur weiteren Liberalisierung von Handel und Investitionen in Dienstleistungen zu entwerfen und die „Regelungen und Vorschriften“ auf alle Dienstleistungssektoren auszudehnen, auch auf viele öffentliche Dienste. Durch die „Regelungen“ oder Vertragsbestimmungen würden alle ausländischen Anbieter zu „nicht ungünstigeren“ Bedingungen als inländische Dienstleister Zugang zu den Inlandsmärkten erhalten und die Möglichkeiten der Regierungen zur Regelung, Beschaffung und Erbringung von Dienstleistungen würden beschnitten. Damit verlagerte sich die Festlegung zahlreicher öffentlicher und privatisierter sowie gewerblicher Dienstleistungen vom Dienst im Interesse der Öffentlichkeit zum Dienst an den Gewinninteressen privater, ausländischer Konzerne.

Verhandlungen mit dem Ziel, bis zur Ministerrunde der Welthandelsorganisation (WTO) in Bali, Indonesien, im Dezember 2013 wesentliche Fortschritte zu erzielen und dann ein höchst ehrgeiziges Abkommen über eine weitreichende Liberalisierung und Regulierung staatlicher Aktivitäten im darauffolgenden Jahr zum Abschluss zu bringen, haben bereits begonnen.

Zu den „echten Freunden der Dienstleistungen“ zählen zurzeit Australien, Kanada, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Hong Kong, Island, Israel, Japan, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Panama, Pakistan, Peru, Südkorea, die Schweiz, Taiwan, die Türkei, die Vereinigten Staaten und die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Woher stammt die Idee?

Die TISA-Verhandlungen verlaufen mehr oder weniger nach dem Programm der Großkonzerne, nämlich „Handelsabkommen“ dazu zu nutzen, Länder an eine Agenda extremer Liberalisierung und Deregulierung zu binden, und auf diese Weise den Konzernen auf Kosten der Arbeitnehmer, Landwirte, Verbraucher und der Umwelt größere Gewinne zu verschaffen. Das vorgeschlagene Abkommen ist das unmittelbare Ergebnis systematischer Interessenvertretung durch internationale Konzerne im Banken-, Energie-, Versicherungs-, Telekommunikations-, Transport- und Wasserversorgungswesen sowie anderen Dienstleistungssektoren, wobei sie sich verschiedener Lobbygruppen wie der *US Coalition of Service Industries* (USCSI) und des *European Services Forum* (ESF) bedienen.

Ungeachtet verschiedener Finanz- und Wirtschaftskrisen sowie sozialer und ökologischer Missstände entsprechen die für das TISA vorgeschlagenen Regeln für Dienstleistungen den Normen, nach denen staatliche Maßnahmen „geregelt“ und politische Spielräume für die Festlegung von Vorschriften beschnitten werden und weiten sie sogar noch aus, d.h. sie sind eine Nachbildung der im Allgemeinen Handelsabkommen für den Dienstleistungssektor (GATS) der Welthandelsorganisation und Freihandelsabkommen (FTA) verankerten Grundsätze, die zu diesen Krisen beitragen.

Das GATS beinhaltet eine Agenda für weitere Verhandlungen, die beim Start der Doha-Runde der WTO 2001 als wichtiger Bereich der Konzerninteressen in das Abkommen aufgenommen wurde. Nach dem Patt bei der Doha-Runde ist das vorgeschlagene TISA-Abkommen nun ein Versuch wichtiger Befürworter einer aggressiven Marktöffnung, Konzerninteressen voranzubringen.

Welche Arten von Dienstleistungen würden in das vorgeschlagene TISA aufgenommen?

„Dienstleistungen“ decken eine breite Palette an Tätigkeiten ab, angefangen bei Transport, (Tele-)Kommunikation und Bau über Einzelhandel, Bauleitung, Energieversorgung, Wasserversorgung, Buchhaltung, Marketing,

Öffentlichkeitsarbeit, Banken und Versicherungen bis zu Naturschutz, Freizeitgestaltung, Museen, Bildung, Gesundheit, Bestattungen und vielem anderen. Das GATS-Abkommen führt all dies als Handelswaren auf und macht damit jeden Aspekt menschlichen Lebens zu etwas, über das hinter verschlossenen Türen Geschäftsverhandlungen geführt werden.

Das GATS erlaubte den Ländern jedoch die Wahl der Dienste, die sie liberalisieren und somit den deregulatorischen Vorschriften und Regeln des Abkommens unterwerfen wollten. Bei den TISA-Verhandlungen dagegen müssen die teilnehmenden Länder die Dienstleistungen in „im Wesentlichen allen Formen und Sektoren“ liberalisieren. Nach Meinung mancher „echten Freunde“ bedeutet das: 90% aller Dienstleistungen.

Neben einer umfassenden Aufstellung der für eine Liberalisierung in Frage kommenden Dienste wollen die „echten Freunde“ auch Regelungen für die Lenkung von Dienstleistungssektoren einführen und somit die Regulierungsrechte der Regierungen und Parlamente beschränken. Diese Gespräche gehen bereits weit über die bestehenden GATS und FTA hinaus.

Wie wird sich das geplante TISA auswirken?

Das geplante TISA ist ein Angriff auf das öffentliche Interesse und die öffentlichen Dienste, denn es stellt nicht sicher, dass ausländische Investitionen in Dienstleistungssektoren tatsächlich öffentliche Ziele und nachhaltige Volkswirtschaften fördern. Besonderes Misstrauen hegen wir im Hinblick auf eine weitere Aushöhlung lebenswichtiger Dienste wie Gesundheitswesen und Sozialversicherung, Wasser- und Energieversorgung, Postdienste, Bildung, öffentlicher Personennahverkehr, Abwasserentsorgung und andere, wenn diese Dienste privaten, ausländischen Konzernen überlassen werden, deren einzige Motivation der Gewinn ist, und die nur denen zur Verfügung stehen, die Marktpreise zahlen können.

Es gibt mehr als genug Beispiele für Staaten, die zuvor öffentlich geführte Dienste privatisierten und diese dann ausländischen Konzernen überließen, um anschließend festzustellen, dass das Privatunternehmen schon bald beginnt, mehr Geld für weniger Dienstleistung zu fordern, so dass sowohl die Verbraucher als auch die Regierung schlechter dastehen als vorher.

Das TISA kann sich möglicherweise auf das öffentliche Beschaffungswesen auswirken, indem es die Art und Weise, wie Regierungen Dienstleistungen einkaufen und erbringen können, einschränkt. Die Anwendung der Grundsätze der Wettbewerbsneutralität kann für die öffentliche Politik die Spielräume zur Durchsetzung anderer sozialer, wirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Ziele beschneiden. Besondere Bedeutung kommt hier der Definition öffentlicher Dienste zu.

Die Deregulierung des Finanzsektors und der Kapitalbewegungen, die mit den GATS- und FTA-Regeln der 90er Jahre gefördert wurde, führte zu der jüngsten globalen Finanzkrise und der darauffolgenden weltweiten Rezessionswelle. Die Tatsache, dass Millionen Menschen nach wie vor unter Arbeitslosigkeit und Sparmaßnahmen leiden, erinnert uns daran, dass für die Wiederherstellung von Stabilität und die Verhinderung zukünftiger Finanz- und Wirtschaftskrisen eine Neuordnung des Finanzsektors entscheidend ist.

Das TISA würde keine Bestimmungen enthalten, dass ausländische Investitionen in Dienstleistungssektoren nur so erfolgen dürfen, dass sie dem *öffentlichen Interesse* zugutekommen, oder dass solche Investitionen nur dann möglich sind, wenn ein besonderes öffentliches Programm besteht, das unter anderem dafür sorgt, dass die privaten Konzerne Verantwortung für die entwicklungs- und sozialpolitischen Ziele der Bevölkerung übernehmen. Ausländische Investoren würden durch das TISA vor Regelungen geschützt, die seine Befürworter für Handelshemmnisse halten (sogar dann, wenn diese Regelungen zum Schutz der Umwelt, Gesundheit, Sicherheit, Finanzstabilität und des öffentlichen Interesses entwickelt wurden).

Unternehmen wird es vielleicht sogar möglich sein, diese „Rechte“ auf Gewinn durch direkte Klagen gegen ihr Gastland zu verteidigen, wenn die in anderen Abkommen vorgeschlagenen Mechanismen zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Investoren und dem Staat (*Investor-State Dispute Settlement - ISDS*) ihren Weg in das

geplante ISA finden. (Diese Verfahren erlauben ausländischen Konzernen, souveräne Regierungen in undurchsichtigen Gerichten außerhalb der Gerichtsbarkeit der souveränen Regierung zu verklagen.)

Wie sähe der grundlegende Aufbau des geplanten TISA aus?

Viele Gesichtspunkte des geplanten ISA sind noch nicht festgelegt worden. Die Verhandlungsführer haben sich jedoch bereits auf mehrere Kernaspekte geeinigt und es gibt starke Hinweise auf verschiedene andere Aspekte. Hierzu gehört unter anderem:

- Die Teilnehmer werden Dienstleistungen in „im Wesentlichen allen Formen und Sektoren“ liberalisieren müssen und auf die Länder wird Druck ausgeübt werden, nur sehr wenige Dienstleistungen von ihren Verpflichtungen auszunehmen - damit wird der Erfassungsbereich gegenüber dem jetzigen GATS stark erweitert.
- Alle ausländischen Dienstleister und ihre Produkte werden, abgesehen von den auf einer Ausnahmenliste genannten Dienstleistungen, „als national behandelt“ (eine schwerwiegende Abweichung von der Struktur des GATS).
- Das geplante Abkommen soll nach seinem geplanten Abschluss „multilateralisiert“ werden, d.h. es soll auch auf andere Länder Druck zum Beitritt ausgeübt werden, nachdem die extremsten Liberalisierer den Rahmen abgesteckt haben.
- Die Vereinigten Staaten stellen scheinbar die „Durchsetzbarkeit“ als wichtige Anforderung an das TISA. Dies ist höchstwahrscheinlich ein Hinweis auf ihren Wunsch, die Mechanismen zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Investoren und dem Staat in das Abkommen aufzunehmen.
- Zu neuen, weitreichenden Vorschriften für Regulierungen würde wahrscheinlich auch eine „Stillhalteklausele“ gehören, die bedeuten würde, dass keine neuen, sogenannten handelshemmenden Vorschriften in einem Dienstleistungssektor eingeführt werden könnten. Eine „Sperrklinkenbedingung“ würde darüber hinaus mit sich bringen, dass jede zukünftige, autonome Abschaffung einer Regulierungsmaßnahme, die als diskriminierend angesehen werden könnte, automatisch Bestandteil des TISA würde.

Wie transparent sind die Verhandlungen?

Die TISA-Gespräche sind nicht öffentlich. Bürgerinnen und Bürger, ParlamentarierInnen, Gewerkschaften, Regulierungsbehörden, NutzerInnen von Diensten und andere Interessierte haben nur begrenzten oder überhaupt keinen Zugang zu denjenigen, die Verhandlungsmandate festlegen, zu den Verhandlungen oder zu den Verhandlungsunterlagen. Die Konzerne aber legen die Tagesordnung fest und können problemlos auf die Verhandlungsunterlagen zugreifen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Verhandlungstexte nicht veröffentlicht werden und keine Beiträge von Regulierungsbehörden, den Erbringern und Nutzern öffentlicher Dienste, ParlamentarierInnen, Staats- und KommunalbeamtenInnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen erbeten werden. Parlamente und Gesetzgeber müssen verbindliche Bedingungen für derartige Verhandlungen festsetzen und ohne eine umfassende Abstimmung gewählter AmtsträgerInnen dürfen sie nicht in Kraft treten.

Sind migrierende ArbeitnehmerInnen betroffen?

Das geplante TISA fördert die Liberalisierung der sogenannten vorübergehenden Bewegung natürlicher Personen, bei denen es sich in Wirklichkeit um migrierende ArbeitnehmerInnen handelt, ohne ihnen rechtlichen Schutz ihrer Menschen- und Arbeitsrechte zu garantieren. Die PSI ist der Überzeugung, dass die Migration von ArbeitnehmerInnen nicht in den Zuständigkeitsbereich von Handelsabkommen fällt und als Teil des normativen Sozialpartnerschaftlichen Rahmenwerks der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) behandelt werden muss.

Könnte sich das TISA auf nicht teilnehmende Länder auswirken?

Das geplante TISA stellt auch für Länder, die sich nicht beteiligen, eine Bedrohung dar. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten haben unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass sie eine „Multilateralisierung“ der Verhandlungen beabsichtigen. Es ist möglich, dass Unterzeichnerländer nach dem Abschluss eines TISA versuchen würden, in Dienstleistungsverhandlungen innerhalb der WTO als Block (GATS) aufzutreten und auf andere Länder Druck auszuüben, das im TISA vorgesehene Niveau an Liberalisierung und Deregulierung zu erfüllen. Damit

befänden sie sich im Widerspruch zu den Verhandlungsleitlinien für Dienstleistungen, die die WTO-Mitglieder einvernehmlich vereinbart haben.

Nächste Schritte

Die PSI führt zurzeit weitere Forschungsarbeiten zu den Auswirkungen des TISA auf unsere Sektoren durch. Wir hoffen, diese Arbeiten in der zweiten Hälfte 2013 abschließen zu können. Die PSI wird Widerstand gegen die schädlichen Auswirkungen des TISA leisten und dabei mit zivilgesellschaftlichen und anderen Verbündeten zusammenarbeiten. Wenn Ihr Bedenken gegen das geplante TISA habt:

1. Leitet bitte den Namen und die Kontaktdaten der in Eurer Gewerkschaft für Handelsfragen verantwortlichen Person an die PSI unter Pauline.Chase@world-psi.org weiter.
2. Unterschreibt den beiliegenden Brief, den die PSI zusammen mit unseren Verbündeten im Netzwerk „Die Welt ist keine Ware“ (OWINFS) erarbeitet hat. Schickt bitte die Unterstützungsbestätigung Eurer Organisation mit Länderangabe an Manicandan unter manicandan@gmail.com und sendet eine Kopie an Pauline Chase unter Pauline.Chase@world-psi.org.
3. Setzt Euch mit Eurer lokalen Zivilgesellschaftskampagne in Verbindung (oder bittet PSI, den Kontakt für Euch herzustellen), um in Eurem Land gegen das TISA zu kämpfen.
4. Haltet die PSI über Eure Anstrengungen an dieser Front durch regelmäßigen Informationsaustausch mit dem Leitenden Beauftragten für Politik und Fürsprache, Daniel.Bertossa@world-psi.org, auf dem Laufenden.